

Stefan Reinecke

Volkspartei light

Die SPD rückt derzeit in Zeitlupe von ihrer Politik der letzten elf Jahre ab. Dafür braucht sie ein gutes Gespür für Dramaturgie. Wirft sie allzu mühelos den Ballast der Agenda 2010 über Bord, läuft sie Gefahr bloß opportunistisch zu wirken. Zögert sie zu lange bei der Revision von Hartz IV und der Rente mit 67, wirkt sie starrsinnig und lernunfähig, sogar in der Opposition. Darin sieht unser Autor die taktische Herausforderung für die SPD. Bislang jedoch scheint sie auf Kontinuität beim Afghanistan-Einsatz zu setzen – während die sozialpolitischen Irrtümer der Schröder-Ära, ohne allzu viel Aufsehen zu erregen, einkassiert werden.

Stefan Reinecke

(* 1959) ist Parlamentskorrespondent bei der taz und Autor.

reinecke@taz.de



Manfred Reichert

Bei dieser möglichst geräuscharmen Entsorgung der Vergangenheit stellt sich die SPD geschickt an. Sigmar Gabriel spielt die Rolle des Erneuerers, dem die Partei am Herzen liegt, Frank-Walter Steinmeier die undankbare des Lordsiegelbewahrers. Dabei hilft der SPD unverdienterweise das Chaos, das Schwarz-Gelb anrichtet und die Blicke auf sich lenkt.

Rituelle Zauberwörter

Außerdem hat die SPD sich in der Opposition die Öffnung nach außen verordnet. In »Zukunftswerkstätten« will man mit Experten und Bürgern politische Entwürfe entwickeln. Zudem soll die von Mitgliederschwund, Überalterung und Passivität geplagte Partei reformiert werden. Mitgliederentscheide und Urwahlen sollen die Ge-

nossen auf Trab bringen. Kampagnenfähigkeit lautet wie immer das Zauberwort.

Natürlich ist es kein Fehler, mal durchzulüften. Allerdings hat diese Übung etwas Rituelles. Immer wenn die SPD sich von Wahniederlagen und Krisen erholen will, wird eine Parteireform angekündigt, mehr Mitgliederbeteiligung versprochen, das Für und Wider von Urwahlen erwogen, die Öffnung zur Gesellschaft proklamiert. Das war 1981 so, als sich das Ende der Ära Schmidt abzeichnete, 1991 nach der verlorenen Bundestagswahl und zuletzt zu Beginn der rot-grünen Regierungszeit. Der Effekt dieser Reformen und Ankündigungen war stets gering, der Mitgliederschwund unaufhaltsam. Es spricht nichts dafür, dass es diesmal anders kommt.

Obwohl die SPD den Übergang von der Regierung zur Opposition unfallfrei inszeniert hat, fehlen drei entscheidende Punkte: eine tief gehende Analyse eigener Fehler, eine wirklichkeitstaugliche Einschätzung der Möglichkeiten der SPD und eine brauchbare Machtperspektive.

Erstens: Die SPD muss schonungslos erklären können, warum sie in Kernbereichen, der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, derartig versagt hat. Achselzuckend vorgetragene Erklärungen von SPD-Politi-

kern, dass die von Rot-Grün forcierte Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit und des Niedriglohnsektors leider ein Fehler war, reichen nicht aus. Sigmar Gabriel hat beim Parteitag in Dresden erklärt, man habe zu sehr auf die Mitte geschielt und sich »schleichend an die Deutungen der Neoliberalen angepasst«. So war es. Aber warum war es so? Weiß die SPD selbst, warum ihr innerer Kompass derartig versagt hat? Warum hat, trotz Massenexodus von Mitgliedern und einem Hagel von Wahlniederlagen zwischen 2002 und 2005, niemand die Notbremse gezogen? Das würde man gerne etwas genauer wissen. Und es ist zu vermuten, dass viele Ex-SPD-Wähler sicher sein wollen, dass sich ein Debakel wie das starrsinnige Festhalten an der Agenda 2010 nicht wiederholt, ehe sie der SPD wieder vertrauen.

Die Partei wieder ernst nehmen

Ähnliches gilt auch für die Rolle der Partei. In der Schröder-Ära wurde die Politik im Kanzleramt gemacht. Die Fraktion wurde, falls widerspenstig, mit Machtworten auf Linie gebracht. Für die Partei war nicht viel mehr als die Rolle eines Akklamationsorgans vorgesehen. Diese nach unten ziemlich hermetisch abgedichtete Machthierarchie war die Grundlage für die frapperende Unfähigkeit zur Selbstkorrektur, die die Schröder-Ära kennzeichnete. Kritik von unten war in dem Top-down-Konzept nicht vorgesehen. Wichtiger als nun wohl tönende Konzepte für Parteireformen zu entwerfen, aus denen doch nicht viel wird, ist es, dem Publikum und der Parteibasis plausibel darzulegen, dass sich die komplette Entmachtung der Partei nicht wiederholen wird. Dazu fehlt bislang, von Seiten der SPD-Führung, jeder glaubwürdige Hinweis.

Zweitens: Die SPD klammert sich an die Illusion, dass sie nur als große Volkspartei der linken Mitte existieren kann. Diese Formel betet die SPD-Spitze derzeit wie einen Glaubenssatz herunter. Darin

steckt ein gutes Stück Realitätsverleugnung. Die postmateriellen Milieus sind schon vor 20 Jahren zu den *Grünen* abgewandert. Arbeitslose und Teile des öffentlichen Dienstes, linke Gewerkschafter und Prekariat bilden im Westen das Rückgrat der *Linkspartei*. Offenkundig ist kein Hut mehr groß genug, um die Interessen von Hartz-IV-Empfängern und urbaner Mittelschicht, von Opel-Arbeitern und Bildungsaufsteigern in einer Partei zu synthetisieren. Die Ausfransung der Sozialdemokratie ist nicht nur Ergebnis der autoritären Schröder-Ära, sondern auch das Echo einer tief gehenden gesellschaftlichen Veränderung. Das Konzept der linken Volkspartei scheint in einer individualisierten, in verschiedenste soziale Milieus und Gruppen zersplitterten Gesellschaft ein Auslaufmodell zu sein.

Mag sein, dass die SPD unter günstigen Wetterbedingungen mal wieder 35 % be-

kommen kann – langfristig weisen viele Indikatoren, von den Mitgliederzahlen angefangen, in eine andere Richtung. Deshalb ist es ein gefährlicher Irrtum, die SPD einzig und allein als große Volkspartei zu konzipieren. 2008 waren nur acht Prozent der SPD-Genossen Arbeiter. Der Zuspruch zur SPD bei Arbeitern und Arbeitslosen ist in den letzten 30 Jahren, abgesehen von der Wahl 1998, ziemlich konstant gesunken. Und die *Linkspartei* war bei den Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen 2009 bei den Arbeitslosen durchweg, wenn auch knapp, die stärkste Partei.

Es ist wahrscheinlich, dass die SPD sich noch mehr zu einer Partei entwickelt, die die Interessen von Mittelschichten und Aufsteigern vertritt. Sie wird gute Kontakte zu den Gewerkschaften behalten, die allerdings nie mehr so eng und exklusiv sein werden wie in der alten Bundesrepublik. Die Zeiten, als die SPD wie in den 70er Jahren ein stabiles Bündnis zwischen Unter- und Mittelschicht repräsentierte, sind vorbei. Je eher die Partei das akzeptiert, umso schneller wird sie ihre neue Rolle produktiv interpretieren können. Dazu gehört auf jeden Fall, den gelegentlich arroganten Habitus der großen Volkspartei abzulegen, die das Copyright auf die Vertretung des Gemeinwohls beansprucht und sich manchmal zu Koalitionen mit Klientelparteien herablassen muss. Sie wird zu einer Art *Volkspartei light*. Die SPD muss lernen, Schrumpfen nicht nur als Kränkung zu begreifen, sondern als Tatsache und Chance. Wer die immer gleich klingenden Beschwörungen der SPD-Spitze im Ohr hat, weiß, wie schwer das wird.

Drittens: Die SPD droht im Fünfparteiensystem langfristig in eine machtpolitische Sackgasse zu geraten. Während die von Merkel elegant und effektiv kulturell modernisierte Union mit den *Grünen* einen neuen strategischen Bündnispartner gewinnt, hat sich die SPD äußerst wirkungsvoll selbst isoliert. Außer der unschönen Rolle als Juniorpartner in einer

Großen Koalition hat die SPD schlicht keine plausible Machtperspektive. Die FDP dürfte für eine Ampel erst wieder in Frage kommen, wenn sie ihren neoliberal-populistischen Fieberschub überwunden hat. Das kann dauern.

Moderation der neuen Arbeitsteilung

Für Rot-Rot-Grün sieht die Lage nicht besser aus – allerdings mit einem entscheidenden Unterschied. Der Schlüssel, ob und wann dieses Bündnis möglich wird und die Selbstfesselung der deutschen Linken endet, liegt bei der SPD. Sie müsste, offensiv und fordernd, wo immer es geht rot-rot-grüne Bündnisse installieren. Damit kann sie den Prozess der Realpolitikisierung der *Linkspartei* bzw. die Abspaltung der politikunfähigen Teile forcieren.

Doch dazu scheint die SPD nicht in der Lage zu sein. Offenbar sitzen die Aversionen gegen die *Linkspartei*, von deren innerer Verfassung auch manche SPD-Spitzenpolitiker nur äußerst vage Vorstellungen haben, zu tief. Und allzu verführerisch ist noch immer die dumme Hoffnung, dass die *Linkspartei* wieder verschwindet, wenn man sie nur lange genug böse anschaut oder ausdauernd als »Chatoen«, (so Frank-Walter Steinmeier über die *Linkspartei* in NRW) beschimpft.

Solange die SPD die Fantasie, die *Linkspartei* zumindest im Westen zu zerstören, nicht aufgibt, wird es keine rot-rot-grünen Bündnisse geben. Denn Koalitionen brauchen ein Minimum an Vertrauen, sonst kommen sie nicht zustande oder, schlimmer noch, scheitern schnell. Kurzum: Rot-Rot-Grün mangelt es, von der Bürgerversicherung über den Mindestlohn bis zum sozial-ökologischen Umbau, nicht an politischen Schnittmengen, aber stark an zündenden, identitätsstiftenden Symbolen. Doch wichtiger als Großraumdebatten über dieses Manko zu führen, ist es eher

kleinteilig, in Kommunen und Ländern, rot-rot-grüne Regierungen anzustreben. Denn nur so kann sich das tief sitzende Misstrauen zwischen SPD und *Linkspartei* langsam verflüchtigen. Und nur dann kann sich eine Art Arbeitsteilung herauskristalisieren, die allen drei Parteien nutzt oder wenigstens bei Wahlen nicht schadet. Die Rollenverteilung ist dabei absehbar: Die *Linkspartei* scheint sich, wenn man ihr Grundsatzprogramm ernst nimmt, als etatistische, traditionssozialistische Partei zu definieren, die die Interessen von Unterschicht und Prekariat vertritt, und die Ambition, zur linken Volkspartei zu werden, aufzugeben. Die *Grünen* vertreten die Interessen des ökologisch orientierten Bürgertums, die SPD die aufstiegsorientierte Mittelschicht.

So dürfte es auf mittlere Sicht der Job der SPD sein, in diesem Bündnis die Rolle des Moderators zu spielen. Obwohl die größte Unverträglichkeit derzeit zwischen SPD und *Linkspartei* herrscht, liegen die sozialen und kulturellen Spannungspole eigentlich zwischen *Linkspartei* und *Grünen*, zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Prekariat einerseits, hochindividualistischen, besserverdienenden Operngängern andererseits.

Das aber ist Zukunftsmusik. Aktuell stellt sich die Lage anders dar. Die SPD wird Rot-Rot-Grün erst dann aktiv betreiben, wenn der Leidensdruck langfristig in die Opposition verbannt zu sein, unerträglich wird. Das kann noch dauern. Und das sind keine gute Aussichten für Anhänger einer sozialökologischen Politik.

Horst Dietzel

Fundamentaler Antikapitalismus

Der Programmentwurf der Partei *Die Linke*

Die Kernbotschaften des Programmentwurfs vereinen für unseren Autor vor allem diejenigen, die Die Linke nur als Protestpartei politisch erfolgreich sehen mit denen, die einen fundamental antikapitalistischen Kurs wollen.

Wohin geht die Reise der Partei *Die Linke*? Fragt man nach der Kernbotschaft des Programmentwurfs, dann ist schnell klar: Es handelt sich um einen fundamentalen Antikapitalismus. Gleich im zweiten Absatz des Papiers wird behauptet, Kapitalismus und Demokratie würden sich ausschließen: »Wo vor allem der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie.« Einen Absatz weiter will man aber die Errungenschaften der Kämpfe für Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat verteidigen. Was denn nun? Gibt es nun doch ein wenig Demokratie, die verteidigungswert ist?

Aber Differenzierungen sind nicht Sache der Autorinnen und Autoren. Da gibt



Horst Dietzel

(* 1943) ist Sozialwissenschaftler, promovierte und habilitierte in der DDR zur Sozialdemokratie, zahlreiche Veröffentlichungen zur SPD und PDS, Mitglied der Partei *Die Linke*.

es nur den Kapitalismus, nur die Kapitalverwertung. Unterschiedliche Ausprägungen der Gesellschaften, demokratisch und sozialstaatlich, existieren in diesem Weltbild nicht. Es wird von einem undifferenzierten Ökonomismus ausgegangen. Weiter wird behauptet, dass »der Kapitalis-